

## ■ Hochgelobte Machbarkeitsstudien

Das ERC-Programm Proof of Concept Grants erhält in einer ersten Evaluation Bestnoten.

Seit sieben Jahren vergibt das European Research Council (ERC) Geld an Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die einen ERC Grant einwerben konnten, damit sie das Innovationspotenzial ihrer Forschung ausschöpfen. Fast 800 Projekte wurden bisher mit einem „Proof of Concept Grant“ ausgezeichnet – eine ausreichende Zahl, um Konzept und Wirksamkeit erstmals zu begutachten.<sup>#)</sup>

Mit einem Proof of Concept Grant lassen sich aus Forschungs-ideen Patentanträge erstellen oder Ausgründungen vornehmen. Bis zu 150 000 Euro können dazu dienen, Geschäftsfelder auszuloten oder Kapital anzuziehen. Das ERC verfolgt mit dem Instrument zudem das allgemeinere Ziel, den Forscherinnen und Forschern den Innovationstransfer schmackhaft zu machen. Laut der Evaluation scheint das gut zu gelingen: 68 Prozent der Geförderten fühlen sich ermuntert und besser gerüstet, weitere Ideen auf den Markt zu bringen.

Im Vergleich zu einer Kontrollgruppe, deren Mitglieder den Innovationstransfer ohne einen Proof of Concept Grant versuchten, sind die Geförderten auch erfolgreicher. So haben 20 Prozent der Grants zu Ausgründungen geführt, während in der Kontrollgruppe nur 6 Prozent erfolgreich waren. Über 42 Prozent der ERC-geförderten Projekte stellten mindestens einen Patentantrag – in der Kontrollgruppe gelang das nur bei 17 Prozent.



BauschLab, C. Hohmann / TUM und NIM

Ein Proof of Concept Grant unterstützt die Ausgründung FLUICS Connect an der TU München, die auf der Forschung zu Zytoskeletten beruht.

Die Autoren der Begutachtung – eine achtköpfige, international besetzte Expertengruppe – machen aber auch Verbesserungsvorschläge. Dazu hat das Scientific Council des ERC mit seinem Präsidenten Jean-Pierre Bourguignon Stellung genommen.<sup>+)</sup> Beispielsweise will das Scientific Council eine erweiterte Finanzierung der Proof of Concept Grants eng mit dem European Innovation Council (EIC) abstimmen, das künftig alle Instrumente verantwortet, die innovative Ideen zur Marktreife bringen sollen.<sup>§)</sup> Die Forderung nach flexibleren Laufzeiten wurde unabhängig von der Evaluation bereits in der letzten Ausschreibung umgesetzt: Nun können die Mittel für 12 bis 18 Monate beantragt werden.

Dagegen lehnt es das Scientific Council ab, im Rahmen der Proof of Concept Grants auch Trainings zum Unternehmertum anzubieten – das liege jenseits der Aufgaben des ERC und ließe sich im neuen Forschungsrahmenprogramm vom EIC umsetzen. Auch einen größeren Expertenpool für die Begutachtung der Anträge – insbesondere mit Personen, die sich mit der Finanzierung von Startup-Unternehmen auskennen – will man nicht einrichten, weil dies zu Interessenskonflikten führen könnte.

Die insgesamt positive Bewertung der Proof of Concept Grants lässt darauf hoffen, dass für das Förderinstrument zukünftig mehr Mittel zur Verfügung stehen.

Kerstin Sonnabend

#) Bericht unter <https://bit.ly/2qy6AC8>

+) Stellungnahme unter <https://bit.ly/2qBB6Kh>

§) Physik Journal, Januar 2018, S. 10

## ■ Ungleich verteilt

Eine Studie im Auftrag des Deutschen Hochschulverbands gibt Aufschluss über die Finanzierung der Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen.

Die Hochschulen finanzieren sich zunehmend aus zeitlich begrenzten Projekt- und Drittmitteln, während der Anteil der Grundfinanzierung durch Bund und Länder gesunken ist. Dies ist eines der Ergebnisse der Studie, die das Forschungsinstitut

für Bildungs- und Sozialökonomie im Auftrag des Deutschen Hochschulverbandes (DHV) erstellt hat.<sup>%)</sup> Demnach ist die leistungs-unabhängige Landesfinanzierung für Forschung und Lehre in den letzten zehn Jahren von 73 auf 50

Prozent gesunken. Da die Ausgaben der Hochschulen aber gestiegen sind, muss der Rest zunehmend aus Drittmitteln finanziert werden. 70 Prozent des Wachstums der Hochschulfinanzen stammt inzwischen aus Drittmitteleinnahmen.

%) Die gesamte Studie findet sich unter <https://bit.ly/2H3caGI>

§) Max-Planck-Gesellschaft, Fraunhofer-Gesellschaft, Helmholtz-Gemeinschaft und Leibniz-Gemeinschaft

Bei den außeruniversitären Forschungseinrichtungen<sup>§)</sup> sieht es anders aus. Ihre finanzielle Entwicklung verläuft deutlich stabiler, denn ihr Wachstum stammt vor allem aus zusätzlichen Grundmitteln von Bund und Ländern.

Die zunehmende Abhängigkeit der Universitäten von Drittmitteln bringt neben einem höheren organisatorischen Aufwand beim Einwerben weitere Probleme mit sich: Ein Verlierer ist beispielsweise die Lehre. 1995 entfielen 59 Prozent der Mittel auf die Lehre. 2015 waren es nur noch 53 Prozent, obwohl im gleichen Zeitraum die Zahl der Studierenden um fast 40 Prozent gestiegen ist. Die Zahl der Profes-

sorinnen und Professoren hat dagegen nur leicht zugenommen.

Angesichts der Ergebnisse fordert der DHV von Bund und Ländern eine bedarfsgerechte Grundfinanzierung der Universitäten. Diese seien das Rückgrat des deutschen Wissenschaftssystems, sagte Bernhard Kempen, der Präsident des DHV. Die Universität „qualifiziert nicht nur künftige Funktionseliten für den Arbeitsmarkt, sondern sie bildet auch den wissenschaftlichen Nachwuchs für sich und die außeruniversitäre Forschung aus“. Dennoch seien die Universitäten dramatisch unterfinanziert. Das Betreuungsverhältnis von Studierenden pro Professor liege im Schnitt

bei 67 zu 1 und sei damit international nicht konkurrenzfähig. Der DHV forderte, den Empfehlungen des Wissenschaftsrats vom Juli 2013 zu folgen und zusätzliche 7500 Professuren bis 2025 einzurichten. Die Mittel aus dem Hochschulpakt sollten verstetigt und jährlich um drei Prozent erhöht werden. „Auf diese Weise erhielten angesichts anhaltend hoher Studierendenströme künftige Generationen weiterhin eine hochwertige akademische Ausbildung und junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler jene verlässlichen Karriereperspektiven, die sie benötigen und verdienen“, sagte Kempen.

Anja Hauck / DHV

## ■ Hinterm Horizont gehts weiter

Wie wird das nächste Forschungsrahmenprogramm in der Europäischen Union aussehen?

Gut zwei Jahre vor Ablauf des aktuellen EU-Forschungsrahmenprogramms „Horizon 2020“ nimmt die Diskussion um das Nachfolgeprogramm für die Jahre 2021 bis 2027 Fahrt auf. Wichtige Stichworte sind dabei Bürokratieabbau, ein deutlicher Anstieg der Fördermittel, ein Ausgleich zwischen westlichen und östlichen Mitgliedsstaaten und die zukünftige Rolle des Vereinigten Königreichs.

Im Programm „Horizon 2020“, das 2014 mit einer Fördersumme von fast 80 Milliarden Euro anließ, wurden erstmals die wichtigsten EU-Förderlinien für Wissenschaft, Forschung und Innovation unter einem Dach zusammengefasst. Das machte die Struktur der neuen Instrumente deutlich komplexer. Es gibt zwar die drei übergeordneten Schwerpunkte „Wissenschaftsexzellenz“, „Führende Rolle der Industrie“ und „Gesellschaftliche Herausforderungen“, und laut dem früheren Forschungsgeneraldirektor Robert-Jan Smits waren „der größte Erfolg von Horizon 2020 seine vereinfachten Strukturen“. Dennoch klagen immer wieder vor allem kleine Institutionen und Unternehmen über aufwändige Antrags- und Berichtsprozeduren.



Forschungskommissar Carlos Moedas skizzierte beim Empfang der Leibniz-Gemeinschaft in Berlin die Grundzüge des neunten EU-Forschungsrahmenprogramms.

Alex Brenninkmeijer vom Europäischen Rechnungshof warnte kürzlich: „Unnötige Komplexität birgt Risiken.“ Diese Komplexität rühre von der „Vielzahl an Regularien, Richtlinien, Prozeduren und Prozessen sowie den vielen unterschiedlichen Förderinstrumenten“. Hier liege eine zentrale Aufgabe für das nächste, neunte Forschungsrahmenprogramm, das bisher unter dem Namen „FP9“ diskutiert wird.<sup>1)</sup>

Zur Höhe der künftigen Fördersumme hatte sich bereits im

letzten Sommer eine hochrangig besetzte Kommission geäußert.<sup>2)</sup> Unter dem Motto „Lab, Fab, App“ schlug der Bericht eine Erhöhung der Mittel auf 120 bis 160 Milliarden Euro vor. Die gleiche Summe nannten Anfang März acht europäische Universitäten in einem offenen Brief an ihre jeweiligen Regierungen. Die renommierten Hochschulen, alle Mitglieder im European Consortium of Innovative Universities, forderten dazu weitere 90 Milliarden Euro für das

1) <https://bit.ly/2HDC3tJ>

2) Physik Journal, August/Sept. 2017, S. 18